

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)
gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
— Drucksachen 11/4152, 11/6481 —

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung
von Rundfunkanstalten des Bundesrechts

Bericht der Abgeordneten Deres, Dr. Struck, Frau Seiler-Albring
und Frau Vennegerts

Mit dem Gesetzentwurf ist beabsichtigt, das Benennungsrecht für die Entsendung von Vertretern gesellschaftlicher Gruppen und Organisationen in die Rundfunkräte der Deutschen Welle und des Deutschlandfunks zu erweitern. Die Zahl der von den gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen zu benennenden Vertreter soll künftig die Zahl der von den entsendungsberechtigten staatlichen Körperschaften zu wählenden oder zu benennenden Vertreter übersteigen. Zugleich soll ein übermäßiger Einfluß des Staates oder ein Übergewicht einzelner gesellschaftlicher Gruppen oder Organisationen in den Verwaltungsräten der Rundfunkanstalten ausgeschlossen werden.

Die Wirtschaftspläne der Deutschen Welle und des Deutschlandfunks werden durch die an die zusätzlichen Mitglieder der Rundfunkräte zu zahlenden Auf-

wandsentschädigungen und Reisekosten mit Mehrkosten von rund 100 000 DM belastet.

Die Mehrkosten können im Rahmen der Wirtschaftspläne der Rundfunkanstalten und der bei Kapitel 06 02 veranschlagten Zuwendungen des Bundes aufgefangen werden.

Die öffentlichen Haushalte der Länder und Gemeinden werden durch den Gesetzentwurf nicht mit Mehrausgaben belastet. Der Gesetzentwurf ist mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Dieser Bericht wird unter dem Vorbehalt erteilt, daß der federführende Innenausschuß keine Änderungen mit wesentlichen haushaltsmäßigen Auswirkungen empfiehlt.

Bonn, den 14. Juni 1989

Der Haushaltsausschuß

Walther	Deres	Dr. Struck	Frau Seiler-Albring	Frau Vennegerts
Vorsitzender	Berichterstatter			

